

# Fraktionen von SPD und FDP

Herrn  
Stadtverordnetenvorsteher  
Stefan Muth  
Rathaus  
65549 Limburg

Limburg, den 17. August 2026

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

wir bitten Sie, nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu nehmen.

**Tagesordnungspunkt: Polizeipräsenz in Limburg sichern und stärken – Stellenabbau verhindern und Innenminister einladen**

## **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

**A.)** Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass eine ausreichende personelle Ausstattung der Polizei sowie die Sicherstellung einer angemessenen Polizeipräsenz in Limburg von erheblicher Bedeutung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und für das Sicherheitsgefühl in der Stadt sind.

**B.)** Die Stadtverordnetenversammlung stellt zugleich fest, dass die personelle Ausstattung der Landespolizei und damit auch etwaige Stellenverlagerungen oder Stellenkürzungen *in der Zuständigkeit des Landes Hessen* liegen. Die politische Verantwortung hierfür trägt die Hessische Landesregierung, insbesondere das Hessische Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz.

**C.)** Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt ausdrücklich die Bemühungen des Magistrats und bittet ihn, sich weiterhin gegenüber der Hessischen Landesregierung dafür einzusetzen,

1. die Polizeipräsenz in Limburg dauerhaft zu sichern und zu stärken,
2. einen Abbau bzw. eine Verlagerung von Polizeistellen zulasten des Polizeistandes Limburg zu verhindern,
3. die Forderung nach einer *Polizeistation bzw. dauerhaften Polizeipräsenz am Limburger Bahnhof* zu unterstützen und
4. transparent darzulegen, welche Auswirkungen die aktuellen Personalplanungen des Landes auf die polizeiliche Präsenz und die Einsatzfähigkeit in Limburg haben.

**D.)** Der Magistrat wird gebeten, den Hessischen Innenminister *Roman Poseck* zu einer Sitzung des zuständigen Ausschusses der Stadtverordnetenversammlung einzuladen, damit dieser zu den aktuellen Planungen der Landesregierung hinsichtlich der personel-

len Ausstattung der Polizei in Limburg sowie zur Frage einer Polizeistation bzw. verstärkten Polizeipräsenz am Limburger Bahnhof Stellung nehmen kann.

**E.)** Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass die Landesregierung ihrer Verantwortung für die Sicherheit in Limburg gerecht wird und die notwendigen personellen und organisatorischen Voraussetzungen für eine angemessene Polizeipräsenz schafft.

**Begründung:**

Die personelle Ausstattung der Landespolizei und damit auch mögliche Stellenverlagerungen oder Stellenkürzungen liegen in der Zuständigkeit der Hessischen Landesregierung. Für diese Entscheidungen trägt die Landesregierung politische Verantwortung.

Es ist wichtig, dass die Frage der Polizeipräsenz in Limburg nicht lediglich Gegenstand öffentlicher Forderungen und Pressemitteilungen bleibt. Die Stadtverordnetenversammlung sollte vielmehr unmittelbar erfahren, *welche konkreten Veränderungen bei der Polizei in Limburg geplant sind und wie die Landesregierung die notwendige Präsenz vor Ort sicherstellen will.*

Die Forderung nach einer stärkeren Polizeipräsenz, insbesondere am Limburger Bahnhof, ist berechtigt. Doch: Wer auf kommunaler Ebene mehr Polizei fordert, muss diese Forderung auch gegenüber der eigenen Landesregierung vertreten.

Deshalb soll der Hessische Innenminister Roman Poseck in den zuständigen Ausschuss eingeladen werden. Er soll dort darlegen, welche Auswirkungen die aktuellen Planungen auf Limburg haben, ob tatsächlich Stellen verlagert oder abgebaut werden und wie die Landesregierung die Polizeipräsenz in Limburg künftig sicherstellen will.

Dabei geht es ausdrücklich nicht darum, die Verantwortung zwischen den Parteien hin- und herzuschieben. Entscheidend ist vielmehr, dass *die Landesregierung ihrer Verantwortung für die Sicherheit in Limburg gerecht wird.*

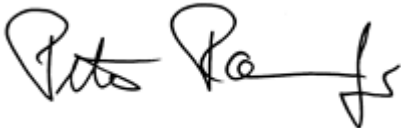
Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf eine klare Antwort: *Wie viele Polizeikräfte stehen Limburg künftig tatsächlich zur Verfügung, welche Veränderungen sind geplant und wie wird eine ausreichende Polizeipräsenz – insbesondere am Bahnhof und in der Innenstadt – gewährleistet?*

Die Stadt Limburg hat in den letzten Jahren im erheblichen Umfang in die Sicherheit in Limburg investiert. Zu nennen sind der massive Aufbau der Stadtpolizei, die gemeinsamen Streifengänge, die Beteiligung an der Erweiterung und dem Betrieb der Videoschutzanlage usw..

*Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.*

Mit freundlichen Grüßen

Für die SPD-Fraktion



Peter Rompf  
Fraktionsvorsitzender

Für die FDP-Fraktion



Marion Schardt-Sauer  
Fraktionsvorsitzende